

September 2014

BERICHT VOM PRÄSIDENT

Sehr geehrte Mitglieder,

ich begrüße Sie nach der Sommerpause und heiße Sie zu der Septemбераusgabe unseres Bulletins willkommen. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um Ihnen einen Einblick in die Veranstaltungen der letzten Zeit sowie der nächsten Monate zu geben.

Wir freuen uns, dass 190 scheidende Mitglieder dem Verein der ehemaligen Mitglieder (VEM) beigetreten sind, und ich möchte sie offiziell als wertvollen Bestandteil unserer Organisation willkommen heißen. Wir zählen auf ihr Engagement und ihre Fachkenntnis, wenn es darum geht, zu den Aktivitäten des Vereins beizutragen.

Wie in der letzten Ausgabe bereits angekündigt wurde, hat eine VEM-Delegation am 2. und 3. Juni den Internationalen Strafgerichtshof (IStGH), Europol und Eurojust in Den Haag (Niederlande) besucht. Es wurde über eine Vielfalt an Themen gesprochen, u. a. über die Aktivitäten des IStGH in afrikanischen Ländern, das Problem des Menschenhandels in Europa, die beschränkten Befugnisse von Europol und die Zusammenarbeit zwischen Europol und Eurojust. Ein ausführlicher Bericht, der u. a. Artikel unserer Mitglieder und des Präsidenten des IStGH enthält, ist auf den folgenden Seiten veröffentlicht.

Was unsere Aktivitäten im Bereich des Demokratieaufbaus betrifft, freut es mich, Ihnen mitteilen zu können, dass unser Mitglied Martine Roure und das scheidende MdEP Isabelle Durant vom 18. bis 20. Juni an einer Reise des Büros zur Förderung der Parlamentarischen Demokratie (OPPD) nach Tunesien teilgenommen haben. In Zusammenarbeit mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) organisierte das OPPD eine zweitägige Konferenz in Tunis über die Entwicklung einer wirksamen parlamentarischen Kontrollfunktion in dem neuen Verfassungsrahmen. In dieser Ausgabe des Bulletins teilt Martine Roure ihre Eindrücke mit Ihnen.

Im gleichen Zeitraum habe ich am 4. europäischen Musikforum in Bern teilgenommen. Gestatten Sie mir eine kurze Beschreibung dieses Projekts: In dem Forum kommen Menschen zusammen, um aus verschiedenen Blickwinkeln über die Gemeinsamkeiten von Musik und Politik und die Unterschiede zwischen den beiden Bereichen zu diskutieren. Vor einem buntgemischtem Publikum habe ich gesagt: „Die Musik und die Politik gehen seit Beginn der Zivilisation Hand in Hand“. Genauso gleicht unsere Arbeit als Politiker der von Musikern, wenn sie eine Sinfonie spielen, denn „Musizieren ist – wie die Umsetzung guter und solider politischer Maßnahmen – eine geteilte Verantwortung“. Wenn Sie sich für das Forum interessieren, empfehle ich Ihnen den Besuch folgender Internetseite: <http://www.emc-imc.org/events/european-forum-on-music-2014>.

Was unsere zukünftigen Aktivitäten betrifft, findet vom 11. bis 19. Oktober unsere jährliche Studienreise ins Kosovo statt. Wie üblich trifft sich eine VEM-Delegation mit wichtigen Vertretern der Politik, der Zivilgesellschaft, der Medien und der Hochschulen unseres Gastlandes. Für das Kosovo, den jüngsten europäischen Staat, war das vergangene Jahr wegweisend. Die historische Einigung, die Serbien und seine „abtrünnige Provinz“ Kosovo im April 2013 unter Vermittlung von Catherine Ashton und der Europäischen Kommission in Brüssel erzielten, ist eine der greifbarsten Errungenschaften der europäischen Diplomatie der

vergangenen Jahre. Das Kosovo hielt im Dezember 2013 Kommunalwahlen und im Juni 2014 Parlamentswahlen ab. Beide Wahlen bewiesen die demokratische Reife des Landes. Die schwierigste Aufgabe im Zusammenhang mit den Wahlen bestand darin, die Wahlbeteiligung der serbischen Bevölkerung im Kosovo zu unterstützen und damit die politische Integration in der neuen Republik zu fördern. Der Besuch bietet auch die Gelegenheit, zu beurteilen, wie erfolgreich die EULEX – die bisher größte und ehrgeizigste Mission des Europäischen Auswärtigen Dienstes – bei der Förderung von Demokratieaufbau und Rechtsstaatlichkeit ist. Ein ausführlicher Bericht erscheint in der nächsten Ausgabe.

Wie Sie vielleicht noch wissen, ist der Verein der ehemaligen Mitglieder seit März 2010 Vollmitglied in der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter der Mitgliedstaaten des Europarats oder der Europäischen Union, die auch unter dem Namen Europäische Vereinigung (FP-AP) bekannt ist. Der Europäischen Vereinigung gehören 16 nationale Vereinigungen ehemaliger Abgeordneter an. Sie verfolgt das Ziel, den europäischen Gedanken zu fördern und zur europäischen Integration beizutragen. Dieses Jahr hat unser Verein die Ehre, das achte Kolloquium der FP-AP zum Thema „Die Herausforderungen für die Demokratie im Zeitalter der Globalisierung“ ausrichten zu dürfen, das am 13. November 2014 am Sitz des Europäischen Parlaments in Brüssel stattfinden wird. Wir gehen davon aus, dass wir in der Märzausgabe unseres Bulletins über eine fruchtbare Debatte zwischen ehemaligen Abgeordneten und Experten in Demokratiefragen berichten können. Setzen Sie sich bei Interesse an einer Teilnahme an der Konferenz bitte mit dem Sekretariat in Verbindung.

Im Mittelpunkt unserer jährlichen Veranstaltungen, die am 9. und 10. Dezember 2014 stattfinden, steht das Wirtschaftsmodell der EU. Ich fühle mich geehrt, dass der Vorsitzende der hochrangigen EU-Gruppe „Eigenmittel“, Senator Mario Monti, die Einladung, bei dem Essen eine Grundsatzrede zu halten, angenommen hat. Auch beim jährlichen Seminar zum Thema „Wie Fortschritte bei der Verwirklichung einer wirklichen Wirtschaftsunion erzielt werden können und die Zukunft des europäischen Sozialmodells“ erwarten wir wie immer hochrangige Redner. Am Ende dieser Ausgabe finden Sie das Formular, mit dem Sie sich für die Veranstaltungen anmelden können. Ich hoffe, im Dezember viele unserer neuen Kollegen und Kolleginnen kennenzulernen.

Mit freundlichen Grüßen

Enrique Barón Crespo

IN MEMORIAM

**CHRISTINE ODDY
1956-2014**

Christine Oddy, Labour-MdEP für den Wahlkreis Midlands Central von 1989 bis 1999, starb am 26. Juli 2014 nach einem langen Krebsleiden.

Christine Oddy ist in Coventry geboren und aufgewachsen und studierte Jura am University College London sowie in Brüssel. Nach ihrem Studium begann sie sich in ihrer Heimatstadt Coventry politisch zu betätigen und führte ihr Engagement auf ihre Mutter zurück, die in einer anderen Zeit wohl selbst eine erfolgreiche Politikerin geworden wäre.

Christine Oddy war eine beharrliche Kämpferin, die große Stücke auf ihre Wähler hielt, und auch eine große Individualistin, die niemals davor zurückschreckte, anders zu sein und für ihre Überzeugungen einzutreten.

Im Europäischen Parlament hat sie sich auf vielerlei Gebieten hervorgetan, am deutlichsten im Rechtsausschuss, in dem sie eine geraume Zeit die Sprecherin der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten war. Sie trat für die Rechte einzelner Personen ein und setzte sich auch vehement für die Verbraucher ein.

Als Mitglied des Europäischen Parlaments für die Labour-Partei engagierte sie sich für die Frauenrechte in Europa, kämpfte gegen den Rassismus und trat unentwegt für die Menschenrechte ein, wobei sie sich besonders für die Menschenrechtslage in Sri Lanka interessierte. Christine Oddy war ein aktives Mitglied der Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten und eine Zeitlang deren Schatzmeisterin.

Nach der Wahl von Tony Blair zum Vorsitzenden der Labour-Partei wurde das Wahlkreissystem durch eine regionale Liste zur Kür von MdEP ersetzt. Die neue Liste wurde stark durch die Parteimitte bestimmt, sodass Christine zusammen mit nahezu allen anderen linken Vertretern der Labour-Partei daraus entfernt wurde. Sie selbst wurde auf den vorletzten Platz der achtköpfigen Liste für die West Midlands gesetzt, woraufhin sie gerichtlich dagegen vorgehen wollte. Dies führte dazu, dass sie von der Liste gestrichen wurde und anschließend als Unabhängige kandidierte. Nach Angaben der dort ansässigen Bevölkerung wäre sie auch gewählt worden, wenn die Begrenzung des früheren Wahlkreises Central Midlands beibehalten worden wäre, aber in dem neuen viel größeren Gebiet hatte sie keine realen Wahlchancen.

Anschließend kandidierte sie für den Stadtrat und wäre beinahe als unabhängige Kandidatin gewählt worden.

Eine andere Facette von Christine Oddy, das in der Politik selten zum Vorschein trat, war ihr kulturelles Interesse. So besuchte sie regelmäßig Veranstaltungen des Courtauld Institute und verfügte über ein sehr breites Wissen auf dem Gebiet der Malerei, Literatur und Musik. In Brüssel gründete sie einen Zirkel von MdEP, die regelmäßig die Brüssler Oper besuchten, sodass viele von uns, sowohl aus den Reihen der Labour-Partei als auch der Konservativen, oftmals die Gelegenheit bekamen, sich in unserer Freizeit am Abend eine Opernaufführung anzusehen.

Christine Oddy war sehr beliebt, nicht nur unter ihren Kollegen und Wählern, sondern auch über das gesamte politische Spektrum hinweg. Viele Menschen unterschiedlichen politischen Hintergrunds und aus unterschiedlichen Ländern schätzten sie als eine gute Freundin. Wo immer es Raum für eine Übereinkunft und einen Konsens gab, hat sie sich stets darum bemüht.

Nach ihrer Krebsdiagnose wandte Christine Oddy sehr viel Energie für Gesundheitsfragen und Patiententrechte ein.

Nach ihrem Tod erhielt ihre Familie viele Schreiben von Menschen, denen sie in bleibender Erinnerung blieb. In einem davon wird sie als „ein gewöhnliches Mädchen“ beschrieben, das „dem Wohl ihrer Stadt verpflichtet war und dann aussortiert wurde, weil sie nicht bereit war,

sich der Parteilinie zu unterwerfen, wenn sie anderer Meinung war, und sie dann zu oft offen ihre Meinung kundtat“. Dies ist eine sehr treffende Beschreibung ihres Wirkens und Lebens.

Richard Balfe

PSE (1979-2002), PPE-DE (2002-2004)

**Sie gab ihr Leben für die Demokratie: Zum Tod der libyschen
Menschenrechtsaktivistin Salwa Bugaighis**

Das leidenschaftliche Plädoyer von Dr. Iman Bugaighis, im Zivilberuf promovierte Zahnärztin, als ehemaligen Sprecherin des Nationalen Übergangsrates für ein neues demokratisches Libyen wird allen in Erinnerung geblieben sein, die ihren Auftritt im politischen Seminar von FMA im Dezember 2012 in Brüssel erleben konnten. In persönlichen Gesprächen erzählte sie mit grosser Herzenswärme auch von ihrer Schwester Salwa, einer Menschenrechtsaktivistin, die sich vorgenommen hatte, zum Aufbau einer unabhängigen, rechtsstaatlichen Justiz in Libyen beizutragen. Auch ihr Schwager Essem hatte sich dem verschrieben. Mit grossem Stolz, dass die Gaddafi-Herrschaft ein Ende genommen hatte, und voll der optimistischen Erwartungen über den Aufbau eines an den universellen Menschenrechten orientierten neuen Libyen ging die Familie zur ersten freien Wahl. Und nun ist Salwa tot – sie gab ihr Leben für die Demokratie in einem Land, in dem nun Milizen und Islamisten ihr Unwesen treiben. Libyen hat daher bei der UN um Hilfe für die Ausbildung von Sicherheitskräften gebeten, um seine Institutionen und vor allem die Bewohner besser schützen zu können.

Am Wahltag im Juni 2014 wurde Salwa von Islamisten überfallen, niedergestochen und erschossen. Von ihrem Mann fehlt seither jede Spur. Die Familie muss vom Schlimmsten ausgehen. In den Schmerz um den Verlust mischt sich die Sorge um Salwas und Essems drei Söhne, die von den Eltern sicherheitshalber schon Ende 2013 nach Amman verbracht worden waren, nachdem der Älteste (24) mit viel Glück einem Entführungsversuch entkommen war. Er strebt nun ein Masterstudium in Project Management an, die beiden Jüngeren (20 und 19 Jahre alt) haben eine Ausbildung an der renommierten German Jordanian University begonnen. Edelgard Bulmahn, die frühere deutsche Wissenschaftsministerin und heutige Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages will sich um Unterstützung für die drei auf so barbarische Weise elternlos gewordenen jungen Männer bemühen. Auch FMA Präsident Enrique Baron Crespo hat in seinem Kondolenzschreiben an Iman Bugaighis Hilfe angeboten. Wir teilen die Trauer um eine Frau mit einem goldenen Herzen und einem grossen Traum!

Karin Junker

PSE (1989-2004)

„Die Reform von Eurojust und Synergien mit der Europäischen Staatsanwaltschaft“

Eurojust wurde eingerichtet, um die Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung in Strafsachen zu erleichtern und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten zu fördern, wenn es um die Bekämpfung schwerer grenzüberschreitender Kriminalität geht. Durch seine einzigartige Struktur, die nationale Mitglieder an einem gemeinsamen Sitz in Den Haag zusammenbringt, sowie seinen Ansatz des Runden Tisches ermöglicht Eurojust die kollegiale Zusammenarbeit und Koordinierung in Strafsachen.

Der Vertrag von Lissabon bietet neue Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Eurojust sowie für die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft „ausgehend von Eurojust“. Im Juli 2013 leitete die Europäische Kommission das Legislativverfahren ein, indem sie ihre Vorschläge für Verordnungen über Eurojust und die Europäische Staatsanwaltschaft als „Initiativpaket“ vorlegte. Aufgrund der Komplementarität der Aufgaben, der Notwendigkeit der Zusammenarbeit im operativen Bereich und der institutionellen Verflechtungen sind beide Vorschläge miteinander verbunden.

Die Reform von Eurojust hat zum Ziel, den Rahmen für die Leitung und die Rechenschaftspflicht von Eurojust weiter zu verbessern. Dabei sollte sich die Reform auf die letzte Überarbeitung der Rechtsgrundlage von Eurojust aus dem Jahr 2008 stützen, die auf die Stärkung der operativen Kapazitäten von Eurojust ausgerichtet war. Die Umsetzung dieses jüngsten Beschlusses des Rates zu Eurojust in den Mitgliedstaaten wird derzeit in der sechsten Runde der gegenseitigen Begutachtung geprüft, was die Reform weiter vorantreiben wird.

Der neue Entwurf der Verordnung schreibt die Einbindung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente in die demokratische Kontrolle von Eurojust vor und stärkt somit den bereits vorhandenen Mechanismus der jährlichen Berichterstattung. Die Gründe für einen moderneren, europaweiten Ansatz liegen in den Bereichen Datenschutz und Außenbeziehungen. In diesem Zusammenhang ist dem spezifischen Charakter und Auftrag von Eurojust als Justizbehörde Rechnung zu tragen.

Die proaktivere Rolle, die Eurojust zukommt, wird eine gute Grundlage sein, um den Mitgliedstaaten noch wirksamere Dienste anzubieten. Gemeinsame Ermittlungsgruppen (GEG) können dabei als eines der wichtigsten Instrumente betrachtet werden, die den Justizbehörden zur Verfügung stehen. Die Finanzierung von GEG wurde als eine der expliziten Aufgaben von Eurojust anerkannt. Damit werden frühere Schritte des Gesetzgebers weiterverfolgt, das Sekretariat des GEG-Netzes bei Eurojust anzusiedeln, wobei auf jahrelange Erfahrung bei der Unterstützung von GEG – einschließlich ihrer Finanzierung – zurückgegriffen wird.

Der Vertrag von Lissabon lässt offen, wie genau die Europäische Staatsanwaltschaft hinsichtlich ihres strukturellen Aufbaus, ihrer institutionellen Organisation, ihrer Befugnisse und der Schutzmaßnahmen gestaltet werden soll. So sollten sowohl die operative Leistungsfähigkeit als auch die Effizienz der Verwaltung sichergestellt werden, indem eine Infrastruktur eingerichtet wird, die eine enge Zusammenarbeit und Synergien mit Eurojust sicherstellt.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich die Europäische Union durch die Wechselbeziehungen zwischen 30 verschiedenen Rechtsordnungen und 24 Arbeitssprachen auszeichnet, muss sich die Europäische Staatsanwaltschaft an der horizontalen Arbeitsweise von Eurojust orientieren und innerhalb der Mehrebenen-Interaktion zwischen den Mitgliedstaaten, dem Europäischen Amt für Betrugsbekämpfung (OLAF), Europol und insbesondere Eurojust agieren. Dabei kann die Europäische Staatsanwaltschaft sicherlich vom bei Eurojust vorhandenen Fachwissen im Bereich der internationalen justiziellen Zusammenarbeit und den von Eurojust entwickelten Instrumenten profitieren. Die Einrichtung einer Europäischen Staatsanwaltschaft zielt zwar auf die wirksamere Verbrechensbekämpfung in einem konkreten strafrechtlichen Bereich ab, dieser bleibt verglichen mit dem breiten Spektrum an Befugnissen von Eurojust jedoch beschränkt. Der Umfang der Unterstützung von Eurojust für eine künftige Europäische Staatsanwaltschaft durch gemeinsam genutzte Dienste wird von der endgültigen Gestaltung der Europäischen Staatsanwaltschaft und den zusätzlichen Mitteln abhängen, die Eurojust für die Wahrnehmung dieser neuen Aufgabe erhalten würde.

„Durch die neuen strategischen Leitlinien für den Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts wird der Aufbau des gegenseitigen Vertrauens auf der Grundlage von Instrumenten

der gegenseitigen Anerkennung und gemeinsamer Mindestvorschriften erneut betont. Die Annahme der Verordnungen über Eurojust und die Europäische Staatsanwaltschaft steht als bestätigte Priorität auf der politischen Agenda, und Eurojust ist zuversichtlich, dass die Annahme einen Fortschritt darstellen würde.“

**Michèle Coninx,
Präsidentin von Eurojust und nationales Mitglied von Belgien**

EUROJUST

Die Bekämpfung der Kriminalität ist für Bürger und Gesetzgeber gleichermaßen von Bedeutung. Nur wenigen Bürgern ist jedoch die EU-weite Dimension bewusst, bei der Eurojust eine Schlüsselrolle zukommt. So wie die Welt immer weiter zusammenwächst, nimmt auch die grenzüberschreitende Kriminalität zu. Sie kann nur dann wirksam bekämpft werden, wenn die EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Eurojust wurde für einen wichtigen Zweck eingerichtet – das Amt dient der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen Ermittlern, Staatsanwälten und Richtern.

In einigen Mitgliedstaaten werden kriminalpolizeiliche Ermittlungen von Staatsanwälten oder Richtern beaufsichtigt. Jedes Land verfügt über seine eigenen Aufgaben und Verfahren, die in den Nachbarländern nicht immer verstanden werden – zumindest nicht von denjenigen, die vor Ort für die alltägliche Arbeit zuständig sind. Eurojust ermöglicht mit dem Einsatz von Vermittlern den gegenseitigen Austausch von Anfragen und Antworten. Eurojust erleichtert und finanziert sogar beidseitige Treffen mit Dolmetschern und zur Verfügung stehenden Beamten. Dadurch kann an einem einzigen Tag ein Durchbruch erzielt werden, der andernfalls erst nach Monaten gelungen oder auch überhaupt nicht möglich gewesen wäre.

Unsere Gruppe wurde von der Präsidentin von Eurojust, Michèle Coninx, und ihrem hochqualifizierten Team empfangen. Zu ihrer Bilanz zählen greifbare Erfolge in vielen Bereichen. Mit Eurojust ist es für Straftäter schwieriger geworden, sich der Rechtsprechung zu entziehen, weil ein alleine agierender Staat nicht genügend Beweismaterial für eine erfolgreiche strafrechtliche Verfolgung zusammentragen konnte oder weil verfahrensspezifische Schwierigkeiten seine Arbeit behinderten. Eurojust kann beispielsweise die Durchführung des Europäischen Haftbefehls erleichtern. In strategischer Hinsicht dient das Amt der Ermittlung und Lösung wiederholt auftretender Probleme und der Beratung der EU-Organen.

Das Amt Eurojust, das 2002 gegründet wurde, soll in erster Linie die Behörden der Mitgliedstaaten beim Umgang mit schwerwiegenden Fällen von grenzüberschreitender und organisierter Kriminalität unterstützen. Dazu zählen z. B. Terrorismus, Menschenhandel, Drogen- und Waffenhandel, die sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern, Cyberkriminalität, unterschiedliche Arten von Betrug und Geldwäsche. Eurojust kann unterstützend in Fällen tätig werden, in denen zwei oder mehr Mitgliedstaaten oder ein Drittstaat involviert sind. Über die Arbeit innerhalb der EU hinaus sind mit Drittstaaten Abkommen über den Informationsaustausch zwischen Justizbehörden ausgehandelt worden. Selbst Ermittler aus Norwegen und den USA zählen zu den ständigen Mitarbeitern von Eurojust, das zudem weltweit ein Netzwerk von Anlaufstellen betreibt.

Eurojust kann bei den zuständigen Behörden eines Mitgliedstaats um Folgendes ersuchen:

- die Ermittlung oder strafrechtliche Verfolgung von bestimmten Fällen;
- die gegenseitige Koordinierung;
- die Anerkennung der Tatsache, dass ein Land in einem bestimmten Fall die besseren Voraussetzungen für eine strafrechtliche Verfolgung aufweist als ein anderes;

- die Einsetzung einer gemeinsamen Ermittlungsgruppe oder
- die Bereitstellung aller Informationen an Eurojust, die für die Wahrnehmung der Aufgaben des Amtes erforderlich sind.

Es findet eine enge Zusammenarbeit mit Europol statt, dem polizeilichen Gegenstück. Die Zuständigkeitsbereiche der beiden Ämter decken ähnliche schwere Straftaten mit grenzüberschreitenden Elementen ab. Beim europaweit aktiven organisierten Verbrechen bedarf es komplexer Ermittlungsmechanismen. Der Menschenhandel stellt einen überraschend großen Anteil der Arbeit dar. Männer werden für körperliche Arbeit, Frauen für Hausarbeit, Mädchen für Prostitution und Kinder für sexuelle Ausbeutung missbraucht. Alle von ihnen arbeiten wie Sklaven und fürchten ihre Unterdrücker. Im Regelfall sprechen sie die Landessprache nicht und wissen nicht, wie sie fliehen können, ohne Vergeltung für sich oder ihre Familie fürchten zu müssen.

Eurojust spielt eine wichtige Rolle bei der Koordinierung von Ermittlungen und von Verfahren im Zusammenhang mit der strafrechtlichen Verfolgung zum Schutz der finanziellen Interessen der EU. Das Europäische Amt für Betrugsbekämpfung führt behördliche Ermittlungen durch und übermittelt Eurojust alle relevanten Informationen, wenn ein Fall die unmittelbare Zusammenarbeit zwischen den Justizbehörden der Mitgliedstaaten erforderlich macht oder einen Mitgliedstaat und die EU betrifft.

Eurojust wurde im Zuge der Verwirklichung eines Raums der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts eingerichtet und steht nicht nur exemplarisch für die Solidarität innerhalb der EU, sondern spielt hierbei auch eine Schlüsselrolle. Die Europäer arbeiten zusammen, gehen gemeinsame Probleme wirksam an und unterstützen sich bei Bedarf gegenseitig. Der Mitarbeiterstab besteht aus nationalstaatlichen Staatsanwälten, Richtern oder Polizeioffizieren mit der gleichen Zuständigkeit, die von jedem Mitgliedstaat entsprechend dem jeweiligen Rechtssystem abgeordnet werden. Mit Eurojust hat die organisierte Kriminalität einen starken Gegner – unser Besuch hat jedoch deutlich gemacht, dass der Bedarf an gemeinsamem Handeln gewaltig ist.

Peter Price
PPE-DE (1979-1994)

EUROPOL: DIE WIRKSAME EUROPÄISCHE ANTWORT AUF VERBRECHEN

Ein Spaziergang in Den Haag an einem schönen, sonnigen Tag, das ist angenehm.
 Ein Nachmittag bei EUROPOL: das ist höchst lehrreich.

Am Tag nach der Wahl vom 25. Mai lässt die Schilderung der Tätigkeit von Europol die Erkenntnis reifen, wie sehr wir zunehmend kooperative europäische Strukturen brauchen.

Jede Bürgerin und jeder Bürger ist heute nämlich persönlich von der Entwicklung diverser Formen der Kriminalität betroffen: Bankkarten, Drogen, Zigarettenschmuggel usw.

Den illegalen Händlern und Kriminellen jeder Kategorie sind Grenzen vollkommen egal. Die Bosse großer internationaler Banden haben heute keine Hemmungen mehr, über das Internet „Köpfe“ anzuheuern (Ingenieure, Informatiker, Chemiker, ...), um ihren Aktionsradius um den Faktor 10, 100 oder 1000 zu erweitern!! Es geht hier nicht um einen Science Fiction-Film, sondern es ist – erschreckende – Realität.

Was kann die Politik angesichts dieser Situation tun?

Nach den Beschlüssen der Europäischen Union nimmt Europol seine Aufgaben seit 1. Juli 1999 wahr. Europol hat seinen Sitz in Den Haag, in den Niederlanden, und beschäftigt über 800 Mitarbeiter, darunter 150 Verbindungsbeamte.

Diese Mitarbeiter stehen in ständiger Verbindung mit allen Ebenen der diversen Polizeistrukturen der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, damit kriminalpolizeiliche Angelegenheiten in folgenden Bereichen einfacher abgewickelt werden können: Geldwäsche, Cyberkriminalität, Menschenhandel, Drogen, Euro-Fälschung usw.

So umfasst die Bekämpfung der Cyberkriminalität beispielsweise Folgendes: Identitätsdiebstahl und Betrug mit Zahlungsmitteln, Angriffe, Phishing, Piraterie, Schadsoftware, usw. Bei einem Meinungsaustausch haben zwei Kollegen erklärt, sie seien Opfer betrügerischer Kontoabhebungen geworden das zeigt, dass es nicht nur den anderen passiert! Der Zigaretten schmuggel wird auf 11 Mrd. EUR pro Jahr geschätzt und macht 1/4 des Zigarettenkonsums aus!

Was den Menschenhandel betrifft, waren wir von der Schwere der Fakten schockiert: Wo bleibt unsere „Menschlichkeit, wenn eine Niere entnommen wird, wenn jemand verstümmelt wird, um zu betteln, ohne Vergütung ausgebeutet wird, ...? Insgesamt fallen in Osteuropa schätzungsweise mehr als 200 000 Personen dem Menschenhandel zum Opfer, und 1,2 Millionen Kinder weltweit sind Opfer, wobei man wissen muss, dass ein Kind in Italien für 2000 bis 7000 EUR gehandelt wird!

Unsere Fraktion hat die ausgezeichneten Ergebnisse gewürdigt, die Europol erzielt hat. Die europäische Zusammenarbeit muss jedoch angesichts der Schwere und der Zunahme der Kriminalität weltweit verstärkt werden.

Jean Marie BEAUPUY
ALDE (2004-2009)

Es sind Daten, die die Geschichte der Menschheit prägen, und der 1. Juli 2002 wird einmal eines dieser Daten sein. An diesem Tag wurde ein ständiger internationaler Gerichtshof ins Leben gerufen, der sich mit Verbrechen befasst, die die Weltöffentlichkeit nicht ungestraft lassen darf: Kriegsverbrechen, Verbrechen der Aggression, Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Unsere Delegation vom Verein der Ehemaligen Mitglieder des Europäischen Parlaments (VEM) wollte sich darüber informieren, wo diese Institution nun zwölf Jahre nach ihrer Schaffung steht. Da es mir nicht möglich ist, auf einer Seite über alles zu berichten, was wir in Erfahrung gebracht haben, beschränke ich mich darauf, einige der heutigen Stärken und Schwächen des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) zu nennen.

Seine größte Stärke liegt in seiner Existenz an sich. Die Tatsache, dass Staaten die Legitimität einer Gerichtsbarkeit anerkennen, die der jeweils eigenen übergeordnet ist, stellt eine Revolution in der Weltgeschichte dar. Es entscheiden sich immer mehr Staaten dafür, sich anzuschließen. In etwas mehr als zehn Jahren ist deren Zahl von 60 auf 122 angestiegen, darunter Staaten auf allen Kontinenten und aus allen Kulturen. Dabei muss ausdrücklich darauf hingewiesen werden, dass die USA bedauerlicherweise zu den etwas mehr als 50 Staaten gehören, die sich bislang noch nicht angeschlossen haben.

Seine zweite Stärke liegt in der Einfachheit seiner Prinzipien. Die Charta der allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen und ein kurzer Vertrag, das „Römische Statut“, den alle Mitgliedstaaten ratifiziert haben, sind alleinige Grundlage der Verfahren des IStGH. Diese Grundlage wird nach und nach durch Entscheidungen der Rechtsprechung ergänzt.

Eine dritte Stärke liegt in der Gründung eines Fonds zur Entschädigung von Opfern. Die Völkergemeinschaft fühlt sich dazu berechtigt und verpflichtet, sich an der physischen, gesellschaftlichen und psychologischen Rehabilitation von Überlebenden von Genoziden, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu beteiligen. Sobald der Gerichtshof die Schuld eines Angeklagten festgestellt hat, finanziert der Fonds Maßnahmen, um die am schwersten Betroffenen nach Möglichkeit zu entschädigen. Es handelt sich hierbei im Wesentlichen um Frauen und Kinder.

Man muss jedoch auch zugeben, dass das Handeln und die Wirkung des IStGH trotz dieser Stärken zwei große Schwächen aufweisen.

Die offensichtlichste Schwäche sind die extrem lange Dauer und die immensen Kosten der Prozesse. Das liegt weder im Interesse der Angeklagten noch der Opfer.

Eine weniger offensichtliche Schwäche besteht darin, dass die aufgenommenen Verfahren bis heute ausschließlich afrikanische Länder betreffen, als ob nur auf diesem Kontinent Kriegsverbrechen begangen würden und als ob dies der einzige Kontinent sei, auf dem es zu Aggressionen und Genoziden gekommen ist. Man wundert sich darüber, dass die westliche Welt Straflosigkeit zu genießen scheint. Könnten zum Beispiel gegen Tony Blair nicht auch Ermittlungen wegen eines Verbrechens der Aggression aufgenommen werden?

Michel Pinton
NI (1993-1994)

SALAMANCA: TRADITION UND ZUKUNFT IN DER EU

Salamanca ist ländlich und zugleich Universitätsstadt. Sie ist Mittelpunkt eines Landstrichs, der durch ausgedehnte Weideflächen geprägt wird, die von Eichenhainen durchzogen sind. Er ist eine von vier Regionen in Spanien, in denen Stiere gezüchtet werden und wo iberische Schweine, schwarz und lebhaft, von Oktober bis Januar frei herumlaufen, während sie Eicheln in Schinken und andere Würstdelikatessen verwandeln, die ab dem Sankt-Martinstag zubereitet werden.

Inmitten dieses ländlichen Umfelds entstand im tiefsten Mittelalter neben Paris, Bologna und Oxford eine der ältesten vier Universitäten Europas. Die Universität hatte die intellektuelle Führungsrolle bei der spanischen Expansion in Amerika und der Lösung der damit einhergehenden rechtlichen Probleme inne und erlangte – mit Francisco de Vitoria als Lichtgestalt einer ganzen Schule – einen soliden Ruf auf dem Gebiet des „Rechts der Völker“. Dieser Ruf der Universität, der nach wie vor, Jahrhundert für Jahrhundert, zahlreiche lateinamerikanische Studenten anzieht, verleiht der Stadt jenes junge, fröhliche und etwas unbekümmerte Ambiente, das sie so attraktiv macht.

Ich bin nicht unvoreingenommen, das gebe ich zu. Der Name eines meiner Großväter ist auf der Tafel festgehalten, die an die großen Professoren dieser Universität erinnert; mein Vater schlug den gleichen Weg ein und hatte den Lehrstuhl für politisches Recht und Verwaltungsrecht inne, und vor sechzehn Jahren ließ mir die Gemeinde die große Ehre zukommen, mich zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen. Aber ich kenne niemanden, den ein Spaziergang zu den zwei Kathedralen über die Plaza der Stadt mit ihren wie vergoldet

leuchtenden jahrhundertealten Gemäuern vorbei an der malerischen Fassade der Universität unberührt gelassen hätte.

Man kann sich daher leicht vorstellen, dass ich die Gelegenheit beim Schopfe ergriff, als ich erfuhr, dass meine alte und geliebte Universität einen Redner für das Programm „PE to Campus“ suchte. Frau Professor Araceli Mangas, von der Königlichen Akademie der moralischen und politischen Wissenschaften, ist es außerdem vor der Übernahme des Lehrstuhls für Völkerrecht an der juristischen Fakultät der Complutense-Universität Madrid gelungen, in Salamanca ein ausgesprochen solides Team zusammenzustellen, das den Masterstudiengang für Europäische Studien weiterführt, den sie vor etwa zwanzig Jahren ins Leben gerufen hatte. Durch andere Angebote erweitert, darunter die Möglichkeit der Promotion, genießt dieser Studiengang eine hohe Anerkennung.

Diesem Team, und insbesondere Herrn Professor Santos Vara, ist die hervorragende Organisation der drei vorgesehenen Veranstaltungen zu danken: der Konferenz für die Studierenden im Masterstudiengang, des Unterrichts für die Teilnehmer am Kurs „Internationales Recht“ und für die Teilnehmer an einem Promotionsstudium sowie einer sehr angeregten Pressekonferenz, wobei die kurz bevorstehenden Wahlen zweifelsohne zusätzliches Interesse weckten und den Debatten umso mehr Lebhaftigkeit verliehen.

Um das Wichtigste nicht zu vergessen: Die zahlreichen Studierenden und Dozenten, die am Kurs und den Konferenzen teilnahmen, zeigten sich sehr interessiert und beteiligten sich aktiv an den Debatten über aufkommende Fragen zur Gegenwart und Zukunft der Europäischen Union.

Zusammenfassend kann diese Erfahrung im Programm „EP to Campus“ ohne Übertreibung als Erfolg bezeichnet werden.

José María Gil Robles
PPE-DE (1989-2004)

EP to Campus **Polen**

Ich habe zum allerersten Mal am Programm „EP to Campus“ teilgenommen, weil ich jetzt mehr Zeit habe, und weil ich finde, dass es wichtig ist, das Europäische Parlament genau zu erklären und den Studierenden näher zu bringen. Sie sind ja schließlich die Zukunft.

Es war auch das erste Mal, dass ich in Polen war. Ich wollte immer schon mal nach Polen, und dies war eine gute Gelegenheit, vor allem, weil Polen jetzt schon seit 10 Jahren Mitglied ist und ich zur Zeit seines Beitritts einen Sitz im Parlament hatte.

Die Polytechnische Universität von Posen fand meine Kandidatur interessant, weil ich berufsmäßig viel mit nachhaltiger Entwicklung zu tun habe. Ich entschied mich für ein Thema, das meiner Tätigkeit im EP im Verkehrsausschuss entsprach. Es schien mir sinnvoll, die Klimapolitik in Polen zu erläutern, und dabei den Zusammenhang zur Verkehrspolitik herzustellen. Polen investiert viel in Autobahnen und zu wenig in den Bahnverkehr. Die Aufholbemühungen Polens im Straßenverkehr (Schnellstraßen) sind verständlich, aber andere Verkehrsträger sind umweltfreundlicher.

Die Eisenbahn hat eine große Zukunft vor sich, man denke nur an das Hochgeschwindigkeitsschienennetz.

Aber auch die Energiepolitik bereitet mit Sorgen.

Polen verfügt über große Steinkohlevorräte, die es gerne zur Energieerzeugung nutzen möchte, zumal es von teuren (und unsicheren?) Gasverträgen mit Russland unabhängig werden möchte.

In bestimmten Gebieten gibt es jetzt auch eine hohe Arbeitslosigkeit, weil die Steinkohlebergwerke dichtgemacht haben.

Zunächst hielt ich eine historische Einleitung, um die Entstehung der Europäischen Union darzulegen, und um zu erläutern weshalb der Sitz des Europäischen Parlaments in Straßburg ist – Symbol der Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland.

Ich leitete meine Präsentation mit einem Foto eines polnischen Panzers in der Stadt Tielt in Westflandern ein. Dieses Monument steht dort, weil polnische Soldaten dieses Gebiet 1944 befreit haben. Das interessiert die Studenten sehr, denn sie kennen diese Geschichte nicht.

Ich erwähnte ebenfalls den Ersten Weltkrieg, der jetzt 100 Jahre her ist, und die vielen Toten, unter anderem in „Flanders Fields“. In Posen gab es 1919 einen Aufstand, und der polnische Nationalstaat entstand wieder.

Die EWG, und später die EU, ist entstanden, um Krieg zu verhindern und die Wirtschaft in Europa zu stärken durch Ausweitung. Ich gab eine Übersicht über die Erweiterungen. Später kam auch die Umweltpolitik hinzu, damit das Wirtschaftswachstum nachhaltig gestaltet werden konnte. Ich gab eine Übersicht bis hin zu den Klimazielen für 2030 und 2050.

Für Polen ist vor allem die Technik der Speicherung von Kohlenstoff künftig wichtig; die Technik ist jedoch noch nicht ausgereift.

Wenn das gelingen würde, könnten sie auf technische Innovationen in Steinkohlekraftwerken der neuen Generation setzen. Aber auch für die Windenergie an der Küste gibt es eine große Zukunft. Am wichtigsten ist aber Energiesparen.

Das Programm war umfassend angekündigt und das Interesse war groß, sowohl in Posen als auch in Kalisz. Die beiden Städte sind auch sehr sehenswert. Posen ist sehr lebendig und hat eine sehr große Universität. Es gibt eine wunderbare alte Innenstadt, aber auch überall große moderne Gebäude. Kalisz ist kleiner, ist aber die älteste Stadt Polens, sehr pittoresk.

Wir wurden stets sehr herzlich empfangen.

Deshalb bekam ich Lust, mich noch mehr für „EP to Campus“ einzusetzen, weil dieses Projekt sehr sinnvoll und notwendig ist.

Ich hoffe, ich werde noch öfter bekommen, mich zu engagieren.

Europa ist unter Studenten vor allem wegen Erasmus bekannt. Die Universitäten und Hochschulen wollen diese Bekanntheit mit Erasmus+ noch ausweiten. Hoffentlich kann ich meine Kontakte an flämischen Universitäten für Posen und Kalisz begeistern. Sie verdienen es auf jeden Fall.

Jan Dhaene

Kortrijk, Flandern (2002-2004)

Bericht Cluj

Die Stadt Cluj-Napoca (Klausenburg), die im Nordwesten Rumäniens liegt und ein reiches Erbe des rumänischen, ungarischen, deutschen, jüdischen und Roma-Multikulturalismus besitzt, ist die Hauptstadt Siebenbürgens. Die Altstadt mit ihren prächtigen historischen Denkmälern aus verschiedenen Epochen ist – wie bei den meisten mittel- und osteuropäischen historischen Städten – von einem Gürtel aus großen Wohnanlagen sozialistischen Stils umgeben. Heute zählt Cluj-Napoca etwa 350 000 Einwohner, darunter 100 000 Studierende an einer der acht Universitäten. Mit etwa 45 000 Studierenden ist die Universität Babeş-Bolyai die größte unter ihnen. In der Universität wird der geschichtlichen Multikulturalität der Stadt Rechnung getragen und die Möglichkeit zum Studium in

ungarischer, rumänischer und deutscher Sprache angeboten. Die zwischen dem 29. Mai und dem 2. Juni 2014 veranstalteten Aktivitäten waren eine Aktion des Projekts EU.20 im Rahmen des Programms Jean Monnet und wurden von Natalia Cuglesan und ihrem Team geleitet.

Das Programm „EP to Campus“ wurde mit einer Vorlesung am Historischen Institut der Universität Babeş-Bolyai eröffnet, an der 32 graduierte und postgraduierte Studierende, die meisten von ihnen im Bereich Europäische Studien, teilnahmen. Das Thema der Vorlesung lautete „Europa, die Ukraine und die Moldau“. Die Studierenden bewiesen umfassende Kenntnisse der Geschichte und Entwicklung des Konflikts in der Ukraine und waren sich der schwierigen Lage der Moldau und des „eingefrorenen“ Konflikts mit Transnistrien bewusst. Das Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau wird jedoch als Zeichen der Hoffnung gewertet.

Der zweite Tag war einem Treffen mit Freiwilligen höherer Schulen des Raţiu-Zentrums für Demokratie in Turda gewidmet, einer kleineren Stadt in der Nähe von Cluj. Im Zentrum, das von der britisch-rumänischen Familie Raţiu, gegründet wurde, werden soziokulturelle Aktivitäten angeboten und die Jugendlichen in Turda gefördert. Die Freiwilligen bekundeten Interesse, zu erfahren, welche Arten von grundlegenden Kompetenzen ihnen dabei behilflich sein würden, eine europäische Berufslaufbahn einzuschlagen. Es wurden zwei grundlegende Kompetenzen ausgemacht: Sprachen, zumindest Englisch und Französisch, und interkulturelle Kompetenzen. Während des Aufenthalts in Turda wurde ein Besuch des berühmten und sanierten historischen Salzbergwerks von Turda veranstaltet. Dabei handelt es sich um ein sehr positives Beispiel, wie geschichtliche Industriestandorte in das kulturelle Erbe einer Region eingegliedert werden können.

Der dritte und vierte Tag waren für ein Seminar mit 37 Schülern der Oberstufe aus verschiedenen Städten in Siebenbürgen und der Moldau, zehn Lehrern und fünf postgraduierten Freiwilligen vorgesehen. Im Rahmen des Projekts EU.20 entwickelten Natalia Cuglesan und ihre Kollegen einen spezifischen Lehrplan für Oberstufenschüler, damit diese mehr über das Europäische Parlament erfahren. Das zweitägige Seminar wurde als Nachbildung eines Wahlkampfs für einen fiktiven Kandidaten für das EP und als Sitzung des EP veranstaltet. In ihrer Einleitung erläuterte Natalia Cuglesan das Ziel des Projekts EU.20. BD referierte über ihre persönliche Geschichte und Erfahrung im EP und schilderte, weshalb Europa für eine im Jahr 1944 geborene Deutsche eine faszinierende politische Idee war und immer noch ist – selbst wenn europäische Entscheidungsträger mit dieser Idee nicht pfleglich umgehen. Am Ende des ersten Tages wurde der Gewinner des Wahlkampfs ermittelt, und die Gliederung und Geschäftsordnung des EP wurden erläutert. Daraufhin wurden fünf Parteien mit spezifischen Programmen gebildet: „Junge Freiwillige“, „Junge Reformisten“, „Partei der neun Leben“, „Partei der jungen Hoffnung“ und „Partei der jungen Innovatoren“. Der nächste Tag begann mit der Simulation einer Plenarsitzung, in der die Vorsitzenden der verschiedenen Parteien Vorträge über ihre spezifischen Programme für Europa hielten. Im Anschluss fand eine Ausschusssitzung statt, in deren Rahmen Vorschläge für eine Entschließung formuliert wurden. In der abschließenden Plenarsitzung wurde die Entschließung einstimmig angenommen. In der Entschließung wurde gefordert, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Europa im Laufe der nächsten Wahlperiode maßgeblich abgebaut und der Zugang zu weiterführenden Bildungseinrichtungen verbessert wird. Schließlich wurde ein praxisbezogenes Programm für den Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt entworfen. Unternehmen sollte eine Steuerermäßigung eingeräumt werden, wenn sie sich bereit erklären, junge Menschen einzustellen.

Die Schüler der Oberstufe und ihre Lehrer zeigten sich voller Elan und beteiligten sich mit großer Ernsthaftigkeit von Beginn des Projekts an. Es war beeindruckend, diese jungen Menschen zu sehen, die ihre Hoffnung und ihre authentischen Ideen für ein politisch geeintes Europa bekundeten. Es bleibt für sie und für uns zu hoffen, dass sie nicht enttäuscht werden.

Birgit Daiber
VERTS (1989-1994)

Ein europäisches Einwanderungsgesetz ist überfällig!

Nahezu täglich zeigen die Fernsehbilder in Europa Flüchtlinge in Not, die in Schlauchbooten und unsicheren Kähnen in drangvoller Enge an Europas Mittelmeerküsten Eingang für eine bessere Zukunft suchen und dabei nicht selten noch auf dem Wasser in Lebensgefahr geraten. Nicht zu sehen sind die ebenfalls gefährlichen Fluchtwege insbesondere syrischer Flüchtlinge über Land, die für ihre Rettung kriminellen Schleppern ihr Letztes geben.

Einer von ihnen schilderte sein Schicksal im Rahmen des „EP to Campus“ Programms bei einer von der Universität Passau und Europe Direct Freyung organisierten Podiumsdiskussion:

über die Türkei, Griechenland, Mazedonien, Serbien, Ungarn und Österreich hat er, der Zahnmedizinstudent Achmad Al Ali aus Damaskus, nach traumatischen Erlebnissen den Weg nach Bayern gefunden, wo er nun seit einem halben Jahr lebt.

Zum Weltflüchtlingstag hatte wenige Tage zuvor der UNHCR die traurigen Zahlen für das Jahr 2013 vorgelegt:

Weltweit gibt es über 50 Millionen Flüchtlinge, zur Hälfte Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre. Trotz der Flüchtlingsboote und –Trecks kommen die wenigsten auch nur in die Nähe von Europa. Die weitaus meisten sind Binnenvertriebene. Das gilt auch für die syrischen Flüchtlinge: 6,5 Millionen haben ihr Zuhause im eigenen Land verloren, 2,77 Millionen sind in Nachbarländer geflohen, davon die meisten in den Libanon (1,09 Millionen), wo sie inzwischen ein Viertel (!) der Bevölkerung ausmachen. Man stelle sich das nur einmal auf europäische Verhältnisse bezogen vor! Weitere 770 000 haben Schutz in der Türkei gesucht, 600 000 in Jordanien und 225 000 im Irak, wo sich zur Zeit eine regionale Flüchtlingsbewegung

vor dem islamistischen Terror der ISIS in umgekehrter Richtung auf den Weg macht. Dagegen nehmen sich 398 200 Asylanträge in den 28 EU-Staaten im vergangenen Jahr verschwindend gering aus.

Dennoch hält sich die Aufnahmebereitschaft in der EU in engen Grenzen. Die Schicksale der Flüchtlinge führen uns aber jeden Tag vor Augen, dass Europa dringend einer Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung bedarf, die den Gefährdeten und Verfolgten Schutz bietet, Asylsuchende gerecht auf die Mitgliedsländer entsprechend ihrer Aufnahmefähigkeit verteilt und ausserdem denen, die ein besseres Leben suchen, Hoffnung gibt. Da lässt sich einiges bei den klassischen Einwanderungsländern USA, Kanada, Australien und Neuseeland abgucken.

Der Vertrag von Lissabon gibt die politische Richtung vor. Artikel 2 bekennt sich klar zu einer einheitlichen Asyl- und Einwanderungspolitik, orientiert am Grundsatz der Solidarität.

Der demographische Wandel und der damit verbundene Mangel an Fachkräften in der Wirtschaft ebenso wie etwa in der Gesundheitspflege werden im Lauf der Zeit ein Umdenken erzwingen, wenn man sich nicht rechtzeitig darauf einstellt. Begrüsst von Jean-Monnet-Professor Dr. Daniel Göler vom Lehrstuhl für europäische Politik ergab sich mit einem sachkundig besetzten Podium vom Migrationsforscher bis zum Grenzexperten eine facettenreiche Diskussion vor einem hochinteressierten Publikum. Gut besucht war auch die Vorlesung in der Universität Passau zum gleichen Thema. Kompliment an die Universität Passau mit seinem engagierten Team, sich eines so brisanten wie aktuellen Themas anzunehmen!

Karin Junker
PSE (1989-2004)

Menschenrechte und parlamentarische Kontrolle – UNDP

Das Europäische Parlament hat mich gebeten, im Rahmen des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen vom 18. bis zum 20. Juni vor Abgeordneten der tunesischen Verfassungsgebenden Versammlung zu sprechen.

Als Einführung zu meiner Rede habe ich daran erinnert, dass die Achtung der Rechte und der Würde der Menschen sowie der Grundsätze der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit und des Rechtsstaats die gemeinsamen Werte aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union darstellen. Europa beruht auf Werten, von denen jeder einzelne Gegenstand eines Dokuments ist: Würde, Freiheiten, Gleichheit, Solidarität, Staatsbürgerschaft, Gerechtigkeit....

Ich habe daher die Grundsätze der Charta der Grundrechte sowie die drei zu erreichenden wesentlichen Ziele erläutert: die Allgemeingültigkeit, die Individualität, die Einklagbarkeit. Anschließend habe ich daran erinnert, dass sich der Vertrag, was den Schutz von Rechten anbelangt, hauptsächlich auf Artikel 2 stützt.

Ich habe betont, dass die Europäische Kommission am 11. März d.J. auf Ersuchen des Europäischen Parlaments einen neuen Mechanismus zur Kontrolle der Rechtsstaatlichkeit in der EU vorgeschlagen hat, die "Alarm-Agenda", um den Bedrohungen zu begegnen, die den Rechtsstaat in jedem beliebigen der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefährden könnten. Und ich habe hinzugefügt, dass Artikel 7 das letzte Mittel wäre, um die Einhaltung der Werte der EU zu gewährleisten.

Anschließend habe ich genauer dargelegt, dass das Europäische Parlament regelmäßig eine Bestandaufnahme der Lage der Grundrechte in Europa vornimmt und dass es in Bezug auf die parlamentarische Kontrolle die Organe der Union und die Mitgliedstaaten daran erinnert, dass es ihnen obliegt, ihren Verpflichtungen bei der Achtung von Grundfreiheiten und -rechten nachzukommen.

Das Europäische Parlament achtet darauf, dass die Legislativvorschläge und die Politik der Union im Einklang mit der Charta stehen und die Grundrechte achten. Die Abgeordneten nehmen sich der Fragen an, die sie für wesentlich erachten, und können dann einen Initiativbericht einreichen.

Ich habe einige Beispiele für die parlamentarische Arbeit angeführt, insbesondere die Anhörung von 15 externen Sachverständigen im Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger anlässlich der weit verbreiteten Abhörmaßnahmen der NSA, der nationalen Sicherheitsagentur der Vereinigten Staaten.

Ferner habe ich dargelegt, dass das Europäische Parlament über seinen Ausschuss für die Freiheiten und Rechte der Bürger die einzige parlamentarische Versammlung der Welt ist, die es gewagt hat, diese Angelegenheit zu untersuchen.

Danach habe ich das Thema der Kontrolle des Datenschutzes angesprochen. Ich habe nachdrücklich betont, dass der Europäische Datenschutzbeauftragte und der stellvertretende Datenschutzbeauftragte auf gemeinsamen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates ernannt werden.

Im Anschluss daran habe ich darauf hingewiesen, dass die Gesetze auf Papier nicht zwangsläufig die Lage vor Ort verändern. Die Sparmaßnahmen aufgrund der Wirtschaftskrise haben in der Europäischen Union Befürchtungen bezüglich der Grundrechte hervorgerufen, und daher habe ich die Agentur der Grundrechte vorgestellt.

Während der Fragerunde konnte ich auf die Tatsache hinweisen, dass das Europäische Parlament über die Achtung der Menschenrechte wacht und dass es vor allem während der Plenartagungen durch seine Anfragen an die Kommission, durch mündliche Redebeiträge zu Anfang der Sitzung oder durch spezifischere Berichte über die Rechte am Ende jeder Tagungswoche sehr gut reagieren kann. Das Europäische Parlament nimmt seine Rolle des parlamentarischen Vorschlags- und Kontrollrechts in vollem Umfang wahr, auch wenn immer noch Anstrengungen unternommen werden müssen, denn der Idealzustand ist noch nicht erreicht...Die tunesischen Abgeordneten haben wirklich sehr aufmerksam zugehört. Denn nach der Ausarbeitung dieser schönen Verfassung, die die ihrige ist, müssen sie noch die Umsetzung erfolgreich zustande bringen, die Parlamentswahlen und dann die Präsidentschaftswahlen. Ich wünsche ihnen Erfolg auf der ganzen Linie.

Martine ROURE

Ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments

Der Vertrag von Lissabon und die nationalen Parlamente

In den fast fünf Jahren, in denen der Vertrag von Lissabon bereits in Kraft ist, haben sich die Befürchtungen der sogenannten Euroskeptiker, die kritisiert hatten, dieses Dokument bedrohe die Souveränität der Nationalstaaten, indem es die Rolle und die Befugnisse der nationalen Parlamente einschränke, nicht bestätigt. Eine solche Bedrohung wäre sicherlich auch dann nicht entstanden, wenn der Vertrag von Rom über eine Verfassung für Europa aus dem Jahr 2004 nicht in einigen Ländern von den Gegnern einer stärkeren europäischen Integration nicht in Volksabstimmungen abgelehnt worden wäre. Denn in der Praxis werden die symbolischen Elemente dieser „Verfassung“ wie etwa die Flagge, die Hymne oder bestimmte Institutionen, die Bestandteile der Staatlichkeit der Union sind, trotz der euphemistischen Terminologie, die infolge der Proteste der Integrationsgegner in den Vertrag von Lissabon eingefügt wurde, ohne Probleme und zum Nutzen der Gemeinschaft verwendet.

Zudem haben die Gesetzgebungsorgane der Mitgliedstaaten der EU durch die Annahme des Vertrags nicht nur keinen Schaden genommen, sondern in einigen Bereichen durch den Verzicht der Union auf eine Regulierung in Form von Richtlinien sogar neue Kompetenzen hinzugewonnen. Das betrifft teilweise auch die sogenannten Gemeinschaftsbereiche, in denen die Union in vielen Fällen ihre Befugnisse zugunsten nationaler Parlamente abgetreten hat, wie etwa in Bezug auf den Geltungsbereich der Charta der Grundrechte, was beispielsweise das Vereinigte Königreich und Polen in Anspruch genommen haben.

Zugleich hat die Ablehnung der Verfassung für Europa und ihre Ersetzung durch den Vertrag von Lissabon die Europäische Union ganz und gar nicht vor bestimmten negativen Erscheinungen wie einer ausufernden Bürokratie und den damit zusammenhängend gewaltigen Ausgaben für die europäische Verwaltung bewahrt. Hierauf hatten und haben jedoch auch künftig die nationalen Parlamente der Mitgliedstaaten keinen Einfluss, sondern es müssten in diesem Bereich die Befugnisse des Europäischen Parlaments erweitert werden,

damit dieses – als Vertretung der Bürger der Union – deren Forderungen nach einer Rationalisierung der Organe und der Verwaltungskosten der Union verwirklichen kann.

Der Vertrag von Lissabon hat als Ergebnis eines Kompromisses zwischen den verschiedenen Standpunkten und Bestrebungen der einzelnen Gesellschaften und politischen Kreise der EU seine Aufgabe erfüllt, jedoch ist es in Anbetracht des nach wie vor wachsenden internationalen Wettbewerbs Zeit, über den nächsten Schritt hin zu einer größeren Einheit und Effektivität der Europäischen Union nachzudenken.

Janusz Malinowski
Ehemaliger Abgeordneter im Sejm der Republik Polen
Mitglied des FP-AP-Vorstands

FP-AP-Vorstandssitzung Mitte Juni in Warschau

Der Vorstand der Europäischen Vereinigung ehemaliger Abgeordneter der Mitgliedstaaten des Europarates (FP-AP) trat Mitte Juni drei Tage lang in der polnischen Hauptstadt zusammen.

Seit dem Jahr 1596, als die königliche Familie von Krakau nach Warschau flüchtete, hat Polen hier seine Hauptstadt. Heute hat der hauptstädtische Großraum über 3 Millionen Einwohner. Die Stadt liegt an der Weichsel. Wegen ihrer exponierten Lage zwischen den Großmächten hatte sie im Lauf der Jahrhunderte sehr unter Kriegen zu leiden, besonders im Zweiten Weltkrieg, als sie nahezu vollkommen verwüstet wurde.

Das Treffen wurde erstmals vom dem neu gewählten Vorsitzenden Luis Nadin de Carvalho (Portugal) geleitet, und der stellvertretende Vorsitzende, Jerzy Jaskiernia (Polen) hatte die Veranstaltung mustergültig arrangiert, unter anderem in Form eines interessanten Besuchs des polnischen Parlaments (Sejm).

Während des Treffens wurde die „Warschauer Erklärung“ zum Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren und den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren angenommen. In beiden Kriegen verloren, rechnet man militärische und zivile Opfer zusammen, mehr als hundert Millionen Menschen ihr Leben – eine Tragödie einmaligen Ausmaßes.

In der Erklärung wurde auch daran erinnert, dass vor 150 Jahren die Interparlamentarische Union (IPU) gegründet wurde und dass sich nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs auf der Haager Konferenz von 1948 der Gedanke durchsetzte, wonach die Staaten Europas bestimmte staatliche Rechte aufgeben und in ein Ganzes einbringen müssen, um den Frieden zwischen ihnen zu sichern.

Im Übrigen wurde die Arbeit an der Brüsseler Erklärung („Herausforderungen an die Demokratie im Zeitalter der Globalisierung – wie die demokratischen Institutionen und die Mitwirkung der Menschen gestärkt werden können“) fortgesetzt. Die Erklärung soll auf dem nächsten Treffen Mitte November in Brüssel verabschiedet werden.

Am dritten Tag fand eine Stadtrundfahrt statt; besucht wurden u. a. das königliche Schloss „Wilanów-Palast“, die wiederaufgebaute Altstadt und die Mahnmale an den Stätten des jüdischen Gettos und des Warschauer Aufstands. An beiden Mahnmalen wurden Blumen niedergelegt.

Rune Rydén
Stellvertretender Vorsitzender

Unsere Europäische Union nach der Wahl 2014

Frei nach „La Gazzetta dello Sport“ zur Fußball-Weltmeisterschaft 2014: „ ... wie verdient dieser Erfolg am Ende war! Eine deutsche Mannschaft, die seit Jahren zusammenspielt und jetzt die Früchte erntet!“

Das sollte auch die Europäische Union sein: ein Team, das sein Ziel kennt! Das auf den Prinzipien von Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialem Ausgleich basiert und von souveränen selbstbewussten Mitgliedstaaten mit eigener Identität und einem Quentchen Demut und Dankbarkeit (Jogi Löw, deutscher Trainer) getragen wird!

Nicht nur die aufrüttelnden Geschehnisse auf dem ukrainischen Maidan, sondern auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2009 lassen erkennen, worum es wirklich geht! Aus der Geschichte hat Europa den Schluss gezogen, zusammenzuhalten und gemeinsam zu handeln.

Doch unabdingbar ist: Der Souverän muss fremdenfeindlichem Tun, rechts- wie linksextremem Gedankengut und Populismus tatkräftig begegnen!

Die ukrainische Bevölkerung trat mutig für die Idee der Freiheit ein. Die blutigen Auseinandersetzungen zeigen den Generationen nach den beiden Weltkriegen, nach der Wiedervereinigung Deutschlands oder nach der Osterweiterung der EU was wichtig ist. Selbstlos gekämpft wird dort, wo Frieden und Freiheit nicht selbstverständlich sind!

Die Voraussetzungen für Europas Demokratie-Rolle in der Welt sind gut: Die Europäische Union mit ihren ca. 507 Mio. Menschen (weniger als 10 % der Weltbevölkerung), erwirtschaftete 2011 18,6 % (Eurostat 2014) des Weltbruttoinlandsproduktes und gewährleistet 50 % der Weltsozialausgaben! Bei einer Arbeitslosigkeit von ca. 11 % (bei der Jugendarbeitslosigkeit 2011 von 22 % (Europäische Kommission 2012)) müssen Wirtschaft und Politik Hand in Hand gehen, auch um gegen die internationalen Wettbewerber auf dem Weltmarkt bestehen zu können. Wirtschaftliche Stärke ist auch Ausdruck der politischen Wertegemeinschaft und des demokratischen Zusammenhalts, die es weiterhin zu forcieren gilt!

Selbstverständlich sollten wir Vorbild sein und zur Wahl gehen! Es ist Recht und Pflicht zugleich – wir entscheiden!

Die 2014-Wahlbeteiligung zum 8. Europäischen Parlament betrug leider nur 43,09 % (EP 2014) - im Vergleich zu 2009 jedoch eine leichte Steigerung! 751 Abgeordnete (2009: 766) aus über 200 Parteien vertreten uns! Sie bilden 8 Fraktionen! (siehe Schaubild)



Es hat eine neue Ära begonnen – eine kleine Revolution:

Die Staats- und Regierungschefs schlagen einen Kandidaten als Präsidenten der Europäischen Kommission vor unter Berücksichtigung der EP-Wahlen (Lissabon Vertrag):

Das ist der Europa-erfahrene Christdemokrat Jean Claude Juncker, der nun nach seiner Wahl im EP die Benennung seiner Kommissars-Mannschaft angeht. Auch diese muss sich dem EP (in Anhörungen) stellen. Der Präsident des Parlaments ist wie bisher Martin Schulz, der Spitzenkandidat der europäischen Sozialisten! Wir kennen jetzt auch die Ausschuss-Vorsitzenden und ihre Stellvertreter (eine komplette Liste finden Sie unter "Latest News")! Die/Der neue EU-Außenbeauftragte und Vizepräsident/in der EU-Kommission sowie die/der neue Ratspräsident stehen noch aus (Stand Mitte Juli 2014).

Es kann also bald losgehen! Doch nicht wie bisher:

Neu ist die Stärke der Populisten mit fast 20 % der Sitze! Zu ihnen gehören rechtspopulistische und europafeindliche und eurokritische Parteien aus verschiedenen Mitgliedstaaten.

Die rechtskonservative und EU-kritische EKR (Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten) (Wikipedia) ist mit nunmehr 70 Abgeordneten die 3.stärkste Fraktion! Eine Allianz rechtsextremer Parteien ist vorerst gescheitert. Beobachter gehen von nicht immer reibungslosen Auseinandersetzungen um den zukünftigen Weg der Europäischen Union aus.

Die erwähnten 20 % bedeuten aber auch, dass immerhin 80 Prozent an der Europäischen Union und ihren demokratischen Werten festhalten!

In der „Neuen Züricher Zeitung“ heißt es zu der Fußball-Weltmeisterschaft: „Die mentale Stärke, die aus der Überwindung der Rückschläge erwuchs, ergab den Ausschlag für eine Mannschaft“, der, ich ergänze, die Zukunft gehört!

Das wünsche ich auch der Europäischen Union!

Brigitte LANGENHAGEN
PPE-DE (1990-2004)

Eine stärker parlamentarisch geprägte Union

Bei der Ernennung des Präsidenten der Europäischen Kommission ging es nicht um die Personen, sondern um das Verfahren.

Vor Lissabon war das Verfahren vor allem zwischenstaatlich. Der Rat „benannte die Persönlichkeit, die er zu ernennen beabsichtigte“. Dem Parlament oblag es nur, dieser Benennung „zuzustimmen“ oder nicht (Artikel 214 EGV).

In Lissabon wurde das Verfahren geändert und ist zu dem für parlamentarische Regierungen typischen geworden. Der Rat „schlägt“ nach entsprechenden Konsultationen mit Vertretern des Parlaments – (und „benennt“ nicht mehr) – einen Kandidaten „vor“. Das Parlament „wählt“ (und „stimmt“ nicht mehr „zu“): Artikel 17 EUV, Erklärung Nr. 11.

Warum diese „Revolution“? Weil sich alle Staaten der EU einstimmig darauf geeinigt haben, dass dies der richtige Weg hin zu einer authentischeren europäischen Demokratie wäre. Das heißt, dem Parlament die entscheidende Stimme in dem sichtbarsten Moment im institutionellen Leben der Union zu geben.

Die politischen Parteien haben auf europäischer Ebene das Verfahren von Lissabon folgerichtig weiterentwickelt: sie haben tatsächlich einen Wahlkampf mit gegensätzlichen Kandidaturen geführt. Der Europäische Rat – der laut Vertrag „das Ergebnis der Wahlen berücksichtigen muss“ – hat somit nicht nur auf die zahlenmäßigen Ergebnisse, sondern auch auf namentliche Hinweise Bezug nehmen können: so wie es in normalen parlamentarischen Demokratien geschieht.

Die Wahlperiode beginnt also im Zeichen eines echteren und stärkeren europäischen Parlamentarismus. Das gesamte institutionelle Gefüge geht daraus gestärkt hervor. Die Autorität der Kommission ist stärker legitimiert. Der Europäische Rat trägt zum Programm des neuen Präsidenten bei, indem er „die allgemeinen politischen Zielvorstellungen und Prioritäten der Union festlegt“, wie es der Vertrag besagt. Das Europäische Parlament erwirbt bei der der Bildung der „Regierung“ der Union eine Befugnis, die der der nationalen Parlamente gleichkommt, mit denen es immer weitreichendere Formen der interparlamentarischen Zusammenarbeit entwickeln muss.

Die Schwierigkeiten sind weiterhin groß. Jedoch kann die Einigung auf eine Unionsbürgerschaft – die näher an den Organen der Union ist, die auf einer stärkeren demokratischen Legitimierung beruhen – dazu beitragen, diese zu überwinden.

Andrea Manzella
PSE (1994-1999)

Trotz allem: keine Zukunft außerhalb Europas!

Auch wenn sich die im Vorfeld der Europawahlen vom Mai geäußerten Befürchtungen, die in meinem Artikel vom 15. April 2014 mit dem Titel „Europe, souviens toi!“ (Europa, erinnere dich!) im Rahmen der Juni-Ausgabe unseres Newsletters veröffentlicht wurden, nicht in allen Mitgliedstaaten als ganz so dramatisch herausgestellt haben,

haben sie sich dennoch in meinem Land, Frankreich, bewahrheitet. Dort bekamen die in der Regierung vertretenen Parteien die Auswirkungen ihrer mangelhaften Bemühungen auf europäischer Ebene, ihrer Unbestimmtheit und ihrer wiederholten Versuche, Europa die Folgen ihrer eigenen Fehler aufzubürden, besonders stark zu spüren.

Es ist nicht nötig, erneut auf die Ergebnisse dieser Wahlen einzugehen. Sie sind jedem bekannt. In Frankreich ist es einer bekanntermaßen europafeindlichen Partei gelungen, mit Abstand, nämlich mit fast 25 % der Stimmen, aus den Europawahlen hervorzugehen, und dies in Frankreich, einem der sechs Gründungsmitglieder unserer Union. Dies kann nur zu Angst, wenn nicht sogar zu Übelkeit führen ... vor allem aber weckt es die Aufmerksamkeit der EU-Bürger!

Sicherlich sind die europäischen Strategien, deren Schwerpunkt nicht auf dem Wachstum, der Beschäftigung, der Gerechtigkeit, der Solidarität, der Ökologie oder der nachhaltigen Entwicklung liegt, umstritten und in den Augen einiger Personen beanstandbar, da sie die Ärmsten und Schwächsten für die Fehler der Reichsten und Mächtigsten bezahlen lassen.

Ist es dennoch notwendig, das Risiko einer Teilung Europas einzugehen und erneut in die Zwänge des Nationalismus zu fallen? 69 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg und 100 Jahre nach Beginn des Ersten muss erneut betont werden: Dies ist undenkbar!

Nein, im Ernst, außerhalb der Europäischen Union gibt es keine Zukunft!

Und ich bin mir sicher, dass sich viele gewählte Mitglieder sowie europäische Führungskräfte und Entscheidungsträger dessen bewusst sind. Angesichts der Tatsache, dass wir Jean-Claude Juncker, dessen Maß an Unerbittlichkeit und Pragmatismus durchaus bekannt ist, die „Schlüssel“ zur Europäischen Kommission anvertraut haben, können wir von der Kommission eine Lockerung der Regeln und eine Ausweitung des Rahmens erwarten, aufgrund derer die Arbeitslosigkeit steigt, das Wachstum schrumpft und das Misstrauen vieler Nationen Europas gestärkt wird.

Sollten wir nicht mehr auf Kredit leben können und uns gezwungen sehen, unsere öffentlichen Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen, müssen wir uns ausreichend Zeit dafür nehmen, um zu verhindern, dass die verhängten radikalen Maßnahmen einen Rückgang des Wachstums (und seiner Einnahmen) verursachen, der die erzielten Einsparungen übersteigt, und die erwartete Reduzierung des Haushaltsdefizits somit ausbleibt.

Dies sollte sich jeder vor Augen führen!

Wenn sich die demokratischen Kräfte sämtlicher Mitgliedstaaten doch nur auf diese Regeln guten Menschenverstandes einigen könnten, anstatt sich selbst zu zerstören, indem sie das Spiel der Extremsten und Populisten betreiben!

Wir sollten uns alle dafür einsetzen, den Sinn des „europäischen Traums“ und den Grundgedanken seiner Gründungsväter wiederzufinden.

Sicherlich ist die Lage ernst. Trotz allem müssen wir uns vor Augen führen, dass es außerhalb Europas keine Zukunft gibt!

Gérard Caudron

Bürgermeister von Villeneuve d'Ascq im Norden Frankreichs

Mitglied des Europäischen Parlaments von 1989 bis 2004 (PSE, anschließend GUE)

www.citoyendeeurope.org

Die Kampagne gegen die EU steckt voller Unwahrheiten

Wähler sind seltsam! Sie lassen sich von Lappalien beeinflussen, die in den Medien aufgebauscht und verzerrt dargestellt werden, was im Vereinigten Königreich zu einem generellen Unbehagen über die EU geführt hat. Ein Wähler bemängelte einst, dass ich in einem BBC-Interview im Rahmen einer Konferenz zum Thema „Hilfe und Handel in Afrika“ keine Krawatte trug! Es war 45 Grad heiß! Lächerlich – jedoch gehört es heute zum guten Ton, alles, was mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und der EU generell in Verbindung gebracht wird, zu missbilligen. Zu den Gründen hierfür zählen eine ununterbrochene banale, unausgewogene und fehlerhafte Berichterstattung in den Medien sowie die Kritik von Mitgliedern des Unterhauses. Weshalb setzen sich die MdEP und die Kommission nicht zur Wehr, damit die Wahrheit ans Licht kommt? Hier könnten sie ansetzen:

- Die Menschen beschwerten sich immer noch darüber, dass das Vereinigte Königreich zu den vier großen Nettozahlern des EU-Haushalts gehört (was nicht überrascht, da wir einer der vier größten Mitgliedstaaten sind). Allerdings gibt es nun drei oder vier weitere Mitgliedstaaten, die je Einwohner einen höheren Beitrag zahlen als wir.
- Die Menschen beschwerten sich darüber, dass sie nicht wissen, wer die von ihnen gewählten MdEP sind. Durch das 1999 eingeführte regionale Proporzsystem wurde die direkte Verbindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten beseitigt. Der Beschluss, wonach die Reihenfolge der Kandidaten auf den Stimmzetteln nunmehr von der Parteizentrale und nicht von den Wählern entschieden wird, hat die Situation verschlimmert, jedoch war es das britische Parlament, das dies beschlossen hat.
- „Experten“ in den Medien thematisieren die „außerordentlich hohen“ Bezüge der MdEP. Die Bezüge der MdEP belaufen sich auf etwa 77 000 Pfund Sterling. Ein Journalist beanstandete, dass dies dreimal so hoch wie der Durchschnittsgehalt im Vereinigten Königreich sei. Das stimmt. Aber wünschen wir uns nicht, dass sich Menschen berufen fühlen, unsere Belange zu regeln, deren Fähigkeiten über dem Durchschnitt liegen?
- Man beschwert sich über die „riesigen“ Ausgaben der MdEP. Tatsächlich handelt es sich dabei um die Erstattung von Ausgaben für die Miete und Ausstattung von Büros, die Beschäftigung von Bediensteten und Reisen. Niemand sonst würde solche Ausgaben vom eigenen Gehalt begleichen, weshalb also sollten MdEP dies tun?
- Die Wähler äußern sich zur Weigerung von Rechnungsprüfern, die Jahresabschlüsse der EU zu genehmigen. Das System ist dergestalt konzipiert, dass bei einer kleinen Zahl von Fehlern die Entlastung als Ganzes nicht erteilt wird, was nicht bedeutet, dass alle Zahlen

falsch sind. Da ohnehin 80 % der EU-Ausgaben von den Regierungen der Mitgliedstaaten getätigt werden, dürften die meisten Fehler an dieser Stelle auftreten.

- Die Menschen beschwerten sich nach wie vor darüber, dass ein zu großer Teil des EU-Haushalts für die Landwirtschaft aufgewendet wird. In der Regel beliefen sich die Ausgaben auf beinahe drei Viertel des Haushalts; heute liegt die Zahl bei unter 50 % und wird voraussichtlich weiter sinken. Wenn die Hilfen für die Landwirtschaft aus Brüssel wegfielen, wäre dies für den Haushalt des Vereinigten Königreichs eine stärkere Belastung.

- In einem Leserbrief einer Zeitung wurde bemängelt, dass die Ernennung des neuen Präsidenten der Kommission „undemokratisch“ sei. Gab es nicht vor kurzem die Wahl zum Europäischen Parlament, die bei dieser Ernennung eine maßgebliche Rolle spielt?

- Die monatliche Reise der Bediensteten von Brüssel nach Straßburg wird zu Recht angeprangert. Allerdings war es John Major, der den Vorsitz der europäischen Minister im Rat innehatte, als diese Regelung dauerhaft festgelegt wurde.

Die Wahrheit hinter solchen Fakten zu kennen, wird weit mehr dazu beitragen, den Euroskeptizismus einzudämmen, als über eine „immer engere Union“, „den europäischen Geist“ oder die „Ode an die Freude“ zu schwadronieren.

Ja, Wähler sind seltsam! Wie die ältere Dame, die mir 1979 erzählte, dass sie den Gemeinsamen Markt (wie die EU damals genannt wurde) befürworte, da sie jeden Donnerstag den Markt in Ormskirk aufsuche, was ihr so sehr gefalle.

Andrew Pearce
(MdEP 1979-89)

Den Minderheiten in Europa eine Stimme geben

Der Landtag Schleswig-Holstein spricht sich fraktionsübergreifend und einstimmig für die Schaffung eines Minderheitenressorts innerhalb der Europäischen Kommission aus.

(Kiel, Juni 2014) Schleswig-Holstein gilt EU-weit, unter anderem wegen seiner Minderheitenpolitik im deutsch-dänischen Grenzland und seinem Umgang mit den deutschen Sinti und Roma, als Modellregion, nicht zuletzt durch die aktive Unterstützung der Bürgerinitiative „Minority SafePack“, welche die Europäische Kommission bisher abgelehnt hat.

In anderen Teilen der EU jedoch kämpfen Minderheiten oftmals um Anerkennung und gegen Diskriminierungen. Dabei ist gerade die Art des Umgangs der Europäischen Union mit seinen Minderheiten einer der Gradmesser für eine gelebte vielfältige Demokratie. Dennoch: Die speziellen Interessen und Anliegen der Minderheiten werden innerhalb der Europäischen Kommission institutionell nur unzureichend, beziehungsweise gar nicht repräsentiert und vertreten.

Viele Nicht-Regierungsorganisationen und Politiker verschiedener Parteien sprechen sich deshalb seit Jahren für die Schaffung eines EU-Kommissars beziehungsweise eines Ressorts für Minderheiten innerhalb der Europäischen Kommission aus. Leider folgten auf gut gemeinte Absichtserklärungen nur selten politisches Handeln oder gar parlamentarische Initiativen. Diesen Umstand wollte der Schleswig-Holsteinische Landtag nicht länger hinnehmen und geht nun mit gutem Beispiel voraus.

Mehrere Ministerpräsidenten des Landes Schleswig-Holstein haben die Forderung nach einem EU-Kommissar für Minderheiten erhoben und würden dies als einen starken Beginn einer neuen Europäischen Union betrachten.

Diese Umstände aufgreifend hat die Piratenfraktion eine parlamentarische Initiative in den Schleswig-Holsteinischen Landtag eingebracht, die, nach parteiübergreifenden Beratungen, als interfraktioneller Antrag (Drs. 18/2044) einstimmig verabschiedet werden konnte. Damit unterstreicht das Parlament nicht nur seine Maxime zur Subsidiarität, sondern stärkt auch dem Ministerpräsidenten bei entsprechenden Initiativen und Verhandlungen auf Bundes- und EU-Ebene den Rücken.

Die EU muss aber ihren Einfluss auf die Mitgliedsstaaten geltend machen, um eine gemeinsame europäische Identität zu schaffen und dafür zu sorgen, dass die lokalen, nationalen und supranationalen Identitäten friedlich neben- und miteinander leben können.

Hierzu gehört der Abbau von Vorurteilen und Ausgrenzungen gegenüber den in Europa lebenden Minderheiten ebenso, wie die Stärkung und Bewahrung ihrer Kultur und Sprache sowie eine gelungene Integration und ein effektiver Minderheitenschutz. Eine große Herausforderung und Verantwortung für alle politisch Handelnden innerhalb der Europäischen Union, die nur gelingen kann, wenn es hierfür klare Zuständigkeiten innerhalb des Parlamentes, der Kommission und des Rates gibt. Eine Mühe, die sich sicher lohnt.

Schleswig-Holstein hat den ersten Kammerton gesetzt. Wenn andere Landes- und Nationalparlamente durch ihre Unterstützung daraus einen Kanon machen, werden wir in der Gesamtheit den europäischen Minderheiten eine starke Stimme verleihen!

**Angelika Beer, MdL – Sprecherin für Europa und Minderheitenpolitik
der PIRATEN im Landtag Schleswig-Holstein
MdB, Bündnis90/Die Grünen (1987-2002)
former MEP, GE, Greens/EFA (2004-2009)**

Meine Erfahrungen als MdEP waren sehr positiv. Im vergangenen Jahr bin ich meinen Wurzeln treu geblieben, ohne dabei aus den Augen zu verlieren, wie sehr ich mir eine Weiterentwicklung der Union in den kommenden Jahren wünsche. In dieser Zeit habe ich mir immer wieder die Frage gestellt: „Was für eine Gesellschaft möchte ich kommenden Generationen überlassen?“

Während des Wahlkampfes für das Europäische Parlament vor fünf Jahren habe ich mir geschworen, dass ich keine Anstrengungen scheuen werde, um mich für den Aufbau eines sozialen Europas einzusetzen, sollte ich die Unterstützung der maltesischen Bürger erhalten. Ein Europa, das danach trachtet, alle Menschen ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer religiösen oder politischen Überzeugungen und ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung mit gleichen Rechten auszustatten.

Ich habe mir dies zum Ziel gesetzt, da ich mir schmerzhaft der tragischen Realität bewusst bin, dass viele Menschen nach wie vor mit Armut und sozialer Ausgrenzung zu kämpfen haben. Ich habe mir dies geschworen, da es mich bekümmert hat, mitanzusehen zu müssen, wie viele Arbeitnehmer in prekären Verhältnissen mit Hungerlöhnen und unter furchtbaren

Arbeitsbedingungen ausgebeutet werden. Mir war bekannt, dass viele Frauen stumm ihr Los ertragen müssen, da ihnen die Gesellschaft wegen fehlender Gleichstellung keine faire Chance geboten hat, ihr Potenzial voll auszuschöpfen.

Mir war und mir ist immer noch bewusst, dass dies kurzfristig nicht zu bewerkstelligen sein wird. Im Gegenteil, es ist eine Vision, die langfristiges und stetiges Engagement erfordert. Auch deswegen habe ich im vergangenen Jahr jede sich mir bietende Gelegenheit ergriffen, um auf die Notwendigkeit des Engagements für die Errichtung eines sozialen Europas hinzuweisen. In meinen Reden und politischen Interventionen, sei es im Plenarsaal oder in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments, oder wenn ich mich in mündlicher oder schriftlicher Form an die Öffentlichkeit gewandt habe, habe ich mich stets darum bemüht, ein Fundament zu errichten, auf dem dieses neue Europa von den nachfolgenden Generationen errichtet werden kann.

Dabei wurde ich von vielen anderen MdEP unterstützt, die ebenso wie ich davon überzeugt sind, dass diese europäische Erfahrung nicht länger ausschließlich Buchhaltern überlassen werden darf und jenen, die so tun, als ob dies unbedingt eine Organisation mit einem ausgeglichenen Haushalt sein müsste. Diese Abgeordnetenkollegen sind ebenso wie ich der Ansicht, dass eines der Hauptübel, mit dem wir uns auf europäischer Ebene beschäftigen müssen, darin besteht, dass das politische Handeln der Europäischen Union oftmals keine Rücksicht auf die tatsächlichen und unmittelbaren Auswirkungen von politischen Maßnahmen auf die Männer und Frauen nimmt, die in den Städten und Dörfern der EU leben.

Ich glaube, es ist höchste Zeit, dass wir EU-Politiker nicht weiter über Defizite und Haushaltsmaßnahmen reden, sondern wir uns auf die uns umgebende Wirklichkeit konzentrieren. In meiner Arbeit als MdEP habe ich immer versucht, meinen Standpunkt deutlich zu machen, dass wenn unser Europa sich entscheidet, seine Augen für die Lage vor Ort zu öffnen, es dann Millionen von Menschen zu sehen bekommt, die in Armut leben oder von Armut sowie sozialer Ausgrenzung bedroht sind. Millionen von Jugendlichen in Europa haben kein Vertrauen mehr in dieses System und betrachten Europa eher als ein Problem denn als ein Heilmittel, wenn sie mit horrenden Arbeitslosenraten und fehlenden Beschäftigungsmöglichkeiten konfrontiert sind. Für Millionen dieser Menschen ist der einzige sich bietende Zugang zum Arbeitsmarkt ein prekäres Beschäftigungsverhältnis ohne jeglichen Rechtsschutz.

In den vergangenen Monaten hat sich mir die Gelegenheit eröffnet, in einer anderen Funktion weiterhin an dieser Vision zu arbeiten. Als Vorsitzende der Frauenorganisation „Nisa Laburisti“ habe ich nun ein neues Betätigungsfeld innerhalb der maltesischen Labourpartei gefunden und kann dadurch einen Beitrag für den Aufbau einer gerechteren Gesellschaft leisten, in der die Perspektive der Frauen bei der Gestaltung von Politik in vollem Maße berücksichtigt wird und in der Frauen sich als gleichberechtigte Partner von Männern fühlen können.

Claudette Abela Baldacchino
S&D (2013-2014)

Für ein offenes und solidarisches Europa

Während der ersten vollständigen Wahlperiode im Europäischen Parlament nach dem Beitritt Rumäniens zur Europäischen Union 2007 hatte ich das Glück und die Gelegenheit, mein Land als Mitglied des Europäischen Parlaments zu vertreten. Vorrangig wollte ich als Abgeordneter den konkreten Integrationsprozess Rumäniens in den europäischen Raum unterstützen. Diese Anstrengungen fielen allerdings mit einer Phase wirtschaftlicher und sozialer Schwierigkeiten zusammen, durch die das europäische Projekt vor eine noch nie dagewesene Herausforderung gestellt wurde. Am Ende der zweiten Beitrittsrunde, in deren Zuge sich die Anzahl der Mitgliedstaaten in den Jahren unmittelbar vor der Krise beinahe verdoppelt hat, wurde die Europäische Union schwer und langanhaltend von einer Rezession heimgesucht.

Unter diesen ungünstigen Rahmenbedingungen wurde die Aufhebung der den Staatsangehörigen der neuen Mitgliedstaaten auferlegten Beschränkungen erschwert. Die neuen EU-Bürger sahen sich mit ganz bewusster und gewollter Ausgrenzung, Diskriminierung und – was am allerschlimmsten ist – Stigmatisierung konfrontiert. Den Rumänen wurde in einem Europa, das nicht in der Lage ist, mutig und solidarisch einen Konjunkturaufschwung ins Visier zu nehmen, reflexartig die Schuld zugeschoben. Zahlreiche Mitglieder des neuen Europäischen Parlaments wurden allein deshalb gewählt, weil sie voller Zynismus die Strategie verfolgten, ganze Volksgruppen als Sündenböcke anzuprangern, nämlich osteuropäische Migranten im Allgemeinen sowie Rumänen und Angehörige der Roma-Minderheit im Besonderen.

Daher habe ich mich größtenteils dafür stark gemacht, die Diskriminierung von Rumänen zu bekämpfen sowie deren Rechte- und Chancengleichheit mit den übrigen europäischen Bürgern zu erwirken. Allerdings kamen Rumänen erst ab dem 1. Januar 2014 in den Genuss des freien Zugangs zum Arbeitsmarkt in der gesamten Union. Später stellte sich die Panikmache in Bezug auf eine drohende Flut rumänischer Migranten im Vereinigten Königreich und in weiteren langjährigen Mitgliedstaaten als Phantom heraus.

Extremistische Strömungen liefern lediglich einen Vorwand für den Ausbruch gesellschaftlicher Spannungen und äußern sich in Intoleranz, ohne Lösungen für die konkreten, sich zuspitzenden Probleme aufzuzeigen: die beispiellose Verschuldung der Staaten in der Nachkriegszeit, die Verstetigung der wirtschaftlichen Stagnation und die fehlenden Aussichten für Zehnmillionen Arbeitslose in Europa. Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und eine europäische Strategie für öffentliche Investitionen zur Verringerung des Entwicklungsgefälles insgesamt zwischen dem Osten und dem Westen des Kontinents können allerdings dazu beitragen, die festgefahrene Situation zu überwinden. Die EU-Erweiterung ist mitnichten die Ursache des Übels, von dem wir heimgesucht werden, wie es uns manche Personen in demagogischer Art und Weise glauben machen wollen. Die Erweiterung der Union kann im Gegenteil die Lösung zur Überwindung der Krise sein, wenn wir den Mut aufbringen, die Integration zu vertiefen, und diese Feststellung ist überhaupt nicht paradox.

Für mich als Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres lag eine meiner Prioritäten darin, die Heranführung Rumäniens an den Schengen-Raum voranzutreiben. Die wird aus politischem Kalkül noch aufgehalten, obgleich sämtliche Kriterien erfüllt wurden, und ist somit ein weiteres Beispiel für eine Herangehensweise der EU, die kontraproduktiv ist: Rumänien kann nämlich zur effizienten Sicherung und Verwaltung der Unionsgrenzen weitaus mehr beitragen, wenn es zum Raum der Freizügigkeit dazu gehört.

Als Berichterstatter war ich unmittelbar an der Entwicklung von Handlungsinstrumenten für Frontex beteiligt und daran, insbesondere im Rahmen des Pakets „Intelligente Grenzen“ dafür

zu sorgen, dass der stetig wachsende Druck bei der Grenzüberquerung infolge eines immer intensiveren Reiseverkehrs mit der Verantwortung, die illegale Einwanderung und grenzüberschreitende Kriminalität, die beide im Wachsen begriffen sind, aufzuhalten, in ein vernünftiges Verhältnis zueinander gesetzt wird.

Das europäische Projekt ist aus der Notwendigkeit entstanden, einen offenen Raum zu schaffen, und zwar in einem Europa, das entschlossen ist, die Wunden der Geschichte hinter sich zu lassen. Und genau auf dieser Öffnung beruht der Erfolg der EU in einem globalen Wettbewerb, der immer schärfer wird. Vor dem Hintergrund immer komplexerer Herausforderungen, sowohl was die Verwaltung unserer Außengrenzen als auch, was die internen Entwicklungen der Union anbelangt, besteht die Lösung darin, ein Gleichgewicht zwischen den beiden Imperativen Mobilität und Sicherheit zu finden.

Ich bin der Überzeugung, dass es für die EU mehr denn je erforderlich ist, die einzelnen Elemente dieser überaus essentiellen Gleichung, d.h. zwischen Solidarität und Entwicklung, in das notwendige Gleichgewicht zu bringen. Allerdings muss die EU bei ihrem Bemühen, nachhaltige Lösungen umzusetzen, all ihre Bürger einbinden – und zwar ohne jegliche Diskriminierung. Ich hoffe, dass das Europäische Parlament auch künftig Vorkämpfer für dieses integrative Bestreben sein wird.

Ioan Enciu

Mitglied des Europäischen Parlaments (2009-2014)

Jeder Anfang birgt neue Möglichkeiten

Wie meine zehnjährige Amtszeit im Europäischen Parlament begann

Meine Zeit als eines der ersten 24 ungarischen Mitglieder des Europäischen Parlaments war eine historische Erfahrung. Im Anschluss an die Wahlen vom 9. Mai 2004, die unmittelbar nach der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 stattfanden, erreichten wir als Gruppe mit über zweihundert Mitgliedern aus allen Ländern Mittel- und Osteuropas das Parlament. Demzufolge zeigten wir große Präsenz und waren in der Lage, die im Parlament gefassten Beschlüsse zu beeinflussen. Wir gehörten zu den Mitgliedern, die die ersten Erinnerungen schufen und das neue Raster der Mitgliedstaaten gestalteten. Die Mitglieder, die unsere Nachfolge antreten, müssen zunächst in unsere Fußstapfen treten, bevor sie ihren eigenen Ruf aufbauen können.

Im Anschluss an die Verteilung der Sitze in den Ausschüssen – dank unseres Delegationsleiters Csaba Tabajdi trat ich den Ausschüssen IMCO, ITRE und CONT bei – musste ich mich an die Arbeit machen.

Ich war es nicht gewohnt, eine Beobachterfunktion wahrzunehmen, und so wusste ich nicht genau, wie ich beginnen sollte. Meine Erfahrung als Geschäftsführerin in der Wirtschaft ermöglichte es mir jedoch, den Arbeitsablauf im Europäischen Parlament mit anderen Augen zu betrachten als die meisten anderen neuen Mitglieder, die damit beschäftigt waren, von einer Sitzung zur nächsten zu eilen, und sich erbitterte Kämpfe um einzelne Dossiers lieferten. Aus diesem Grund beschloss ich, einen anderen Weg einzuschlagen, anstatt es den übrigen Mitgliedern gleichzutun. Ich schaltete meinen Rechner ein und erstellte eine nach Themen und Berichterstatern geordnete Liste der vergangenen zehn Jahre. Auf diese Weise erhielt ich einen umfassenden Überblick über die Zuständigkeiten der früheren Mitglieder und fand heraus, wer wiedergewählt wurde und wer das Parlament verlassen hatte. Mithilfe eines grundlegenden, jedoch strategischen Instruments konnte ich wertvolle Informationen zusammentragen, was zu folgenden zwei Annahmen führte: Diejenigen, die das Parlament verlassen und ein umfangreiches Portfolio hatten, warteten wahrscheinlich darauf, dass ein

neues Mitglied ihre Nachfolge antrat und ihre Arbeit fortsetzte. Die Dossiers eben dieser Mitglieder anzuvisieren, stellte sich als noch recht unbekannt, jedoch erfolgversprechende Möglichkeit heraus. Außerdem stellte ich fest, dass diejenigen, die erneut gewählt wurden, ihre Arbeit fortsetzten, und es unmöglich gewesen wäre, eines ihrer Themen zu erhalten. Sowohl die Mitglieder, die das Parlament ohne große Erfolge verließen, als auch diejenigen, die weiterhin als Mitglied tätig waren, jedoch nie großes Engagement zeigten, hatten nur wenig Arbeit.

Der nächste Schritt bestand darin, die Dossiers der erfolgreichen Mitglieder, die das Parlament verlassen hatten, zu lesen, um in Erfahrung zu bringen, ob eine Zusammenarbeit mit ihnen möglich wäre. Daraufhin bat ich sie einfach um ein Treffen, brachte meine Anerkennung für ihre Arbeit zum Ausdruck und ersuchte sie um Unterstützung. Im Gegenzug versprach ich, ihren Ansatz weiterzuentwickeln. Es war eine durchaus positive Erfahrung. Ich durfte mit Rolf Linkohr und Adam Gordon zusammenarbeiten. Ihre Unterstützung stellte sich als große Hilfe heraus, insbesondere zu Beginn meiner Arbeit. Die Bearbeitung ihres Portfolios im Bereich der Energie verlief reibungslos und erfolgreich.

Anschließend wand ich mich an die Mitglieder, die im Amt geblieben waren und sich mit wichtigen Themen befassen. Ich konnte mir kaum vorstellen, Hunderte von Änderungsanträgen auszuarbeiten und mich mit so vielen unterschiedlichen Themen zu befassen, wie es Erika Mann, Robert Goebbels und Reino Paasilinna taten. Also fragte ich sie nach ihrem Geheimnis. Alle waren bereit, mir ihre positive Unterstützung entgegenzubringen. Dies stellte sich als ausgezeichnete Lernprozess heraus.

In der Zwischenzeit kämpften die neuen Mitglieder und diejenigen, die im Amt geblieben waren, um die übrigen guten Dossiers. Einige von ihnen mussten sich mit den weniger interessanten Arbeiten zufriedengeben.

Neben der Marketingstrategie verfolgte ich einen weiteren Lernrhythmus. Meine Assistenten und ich investierten viel Zeit, um die Geschäftsordnung zu lesen und uns mit ihr vertraut zu machen. Einige meiner Kollegen lachten sogar über mein Verhalten. Sie waren davon überzeugt, dass Lesen im Büro, anstatt sich unter Leute zu begeben, zu nichts führen würde. Wenn ich auf meine zehnjährige Amtszeit im Parlament zurückblicke, kann ich getrost sagen, dass mein Verhalten eine kluge Entscheidung war und mir in vielen Fällen einen Vorteil verschaffte.

Ich möchte den ehemaligen Mitgliedern, die mich zu Beginn meiner Arbeit unterstützt haben, danken und empfehle allen neuen Mitgliedern, ihre Entscheidungen auf die Erfahrungen der ehemaligen Mitglieder zu stützen.

Edit Herczog
MdEP 2004–2014

Nachdem ich im Mai 2009 in das Europäische Parlament gewählt worden war, wurde ich Mitglied des Entwicklungsausschusses und Mitglied der Paritätischen Parlamentarischen Versammlung AKP-EU. In dieser Funktion hatte ich während der vergangenen Wahlperiode die Gelegenheit, an mehreren Wahlbeobachtungsmissionen in Subsahara-Afrika teilzunehmen.

Dort wurde ich sehr rasch ins kalte Wasser geworfen.

Meine erste Dienstreise führte mich Ende Oktober 2009 nach Mosambik. Meine letzte Dienstreise führte mich im Dezember 2013 nach Madagaskar.

Aufgrund meiner Herkunft aus einem französischen Übersee-Departement habe ich meine erste Dienstreise wohl mit gemischten Gefühlen angetreten, aber auch voller Neugier, da meine entfernten Vorfahren von der Westküste Afrikas stammen.

Mit gemischten Gefühlen auch aufgrund der politischen Instabilität der Staaten und aufgrund der Gewalt im Zusammenhang mit den Wahlen, bei denen für die Protagonisten und ihre Unterstützer viel auf dem Spiel stand.

Mit lediglich fünf Dienstreisen kann ich selbstverständlich keine allgemeingültigen Rückschlüsse auf den Ablauf der Wahlen ziehen, vor allem auch deswegen, weil unsere Besuche von Kollegen im Rahmen von langfristigen Aufenthalten vor Ort vorbereitet werden, die auch mithilfe der lokalen Behörden unsere Sicherheit gewährleisten.

Unter sonst gleichen Bedingungen konnte ich einige allgemeingültige Elemente feststellen: eine Vielzahl an Kandidaten, die kaum oder überhaupt nicht strukturierte Parteien vertreten, rund dreißig Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen in Madagaskar.

An allen Orten, an denen wir präsent waren, verlief die Wahlbeobachtung ruhig. Das war sowohl in den Wahllokalen der Fall, in denen alle Parteien vertreten waren, als auch außerhalb, wo die Wähler in teils über einen Kilometer langen Warteschlangen der Sonne stoisch trotzen. Die Wahlen verliefen reibungslos. Die Teams waren gut aufeinander eingespielt. Die Stimmenauszählung war lediglich eine Formalität, und führte nicht zu Spannungen. Häufig wurden die Wähler in mehreren Wahlgängen dazu aufgefordert, ihre politische Führung teilweise oder vollständig auszutauschen. Das war insbesondere in Kenia der Fall. Als früherer Bürgermeister habe ich selbst erfahren, wie schwierig es zu bewerkstelligen ist, Menschen davon zu überzeugen wählen zu gehen, wenn ein großer Teil von ihnen, ob auf dem Land oder in Spitzenämtern des Staates, ungebildet ist.

In jedem Wahllokal gab es sechs transparente Urnen in unterschiedlichen Farben. Jeder Stimmzettel musste nach Auswahl des gewünschten Kandidaten in die Urne der gleichen Farbe gesteckt werden.

Die Anzahl der ungültigen Stimmzettel war nicht höher als üblich.

Oft kam es bei Kandidaten, die ein für sie ungünstiges Wahlergebnis nicht anerkennen, zu Fällen von Wahlbetrug.

In denjenigen Ländern, die von unserer Unterstützung profitieren konnten, wurden die Wahlkarten überprüft und elektronisch registriert. Deren Zusendung gestaltete sich als äußerst problematisch, da sie sich an eine Bevölkerung richteten, die nur unzureichend behördlich registriert ist, und wo nicht nachzuvollziehen ist, wer innerhalb oder außerhalb des Landes wohnhaft ist, außerdem gibt es einen beträchtlichen Anteil an Nomaden.

Und noch etwas. Unsere Gruppe wurde eines Tages von den Mitarbeitern eines Wahllokals eine gefühlte Ewigkeit lang alleine im Wahllokal zurückgelassen. Beim obligatorischen Fastenbrechen wurde für die Religion einfach alles stehen und liegen gelassen.

Patrice TIROLIEN
S&D (2009-2014)